

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
"Tagblatthaus".

Seiten-Preis für beide Ausgaben: 1.40 monatlich, 12.00 vierteljährlich durch den Verlag
Langgasse 21, ohne Beleglohn, 12.00 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, aus-
schließlich Beleglohn. — Bezugs-Verhältnisse nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zeitungs-
Bismarckstr. 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld: die dortigen Aus-
gabestellen und in den benachbarten Landorten und am Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Gerne:

"Tagblatthaus" Nr. 6650-53.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Kloppelecke 7, 1. Fernsprecher: Amt Lützow 6202 und 6203.

Freitag, 21. Februar 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 80. • 67. Jahrgang

Die Nationalversammlung.

Weimar, 19. Februar.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung des
Gesetzentwurfs wegen Abänderung der Verordnung über die
Rückgabe der in Belgien und Frankreich weggenommenen
Betriebsmittel.

Vom 1. Februar 1915. Danach soll die Anmeldeung der be-
treffenden Betriebsmittel nicht bis zum 20. Februar
1919 erfolgen, vielmehr soll der betreffende Termin vom
Reichsministerium des Innern festgesetzt werden.

Reichsminister Erzberger: Ich bitte, dem Entwurf zuzu-
stimmen, da er eine Folge des toeben geschlossenen Waffen-
stillstandsabkommens ist.

Der Gesetzentwurf wurde debattelos in allen drei Lesun-
gen unverändert angenommen.

Es folgt die

Fortsetzung der allgemeinen Aussprache.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß versucht werden soll,
die erste Lesung heute zu Ende zu führen.

Reichsarbeitsminister Bauer spricht über die Grundsätze,
nach denen die Vergütung der zur Verrichtung der Woh-
nungsnot erforderlichen Mittel erfolgen soll. Die hohen
Mietpreise und Löhne machen die Bauzeit zu einem
höchst unrentablen Geschäft. Daher sind Staatszuschüsse not-
wendig. Sie sollen grundsätzlich nur für Flachbauten gegeben
werden. Besondere Förderung soll den Siedelungsge-
sellschaften zuteil werden. Die Gewährung von Zuschüssen
an die Hausbesitzer kann an die Übernahme der Ver-
pflichtung zur Aufnahme minderreicher Fami-
lien geknüpft werden. Die Beihilfe wird nur gegeben, wenn
die Gemeinden oder der Gemeindeverband aus eigenen Mitteln
einen Teil der Baukosten zu tragen bereit ist; für Preußen
ist dieser Satz ein Viertel, der Staat übernimmt ebenfalls
ein Viertel, das Reich die andere Hälfte. Die Reichsregie-
rung wird alles tun, um die Wiederbelebung der Baustät-
tigkeit zu fördern. In ihrem Programm welches bis jetzt die
Verordnung zur Behebung der Wohnungsnot, den Erlass
wegen Schaffung landwirtschaftlicher Siedlungen, die Ge-
währung von Baukostenzuschüssen im Betrage von 300 Mil-
lionen Mark, den Erlass, betreffend das Erbbaurecht und end-
lich die Errichtung einer besonderen Abteilung für Wohnungs-
und Siedelungswesen im Reichsarbeitsamt umfaßt, bildet
diese Kreditförderung einen wesentlichen Teil. Ich bitte die
Nationalversammlung, sie zu bewilligen.

Preussischer Kriegsminister Oberst Reinhardt: Die Ver-
wendung der Truppen zur Aufrechterhaltung und Herstellung
der inneren Ordnung ist unerfährlich, und zwar ganz beson-
ders für die beteiligten Truppenführer und Soldaten. Als
die Truppen nach den fast übermenschlich schweren Schlüs-
kämpfen und dem forcierten Rückzug in die Heimat kamen,
sehen sie sich bitter enttäuscht, statt des erhofften Friedens
und der friedlichen Wiederaufnahme der Arbeit einen neuen
Feind in der Gestalt von Spartakus und gegenüber zu sehen.
(Lachen bei den Unabhängigen.) Truppen und Freiwillige
mühten sich ab, um die Kampfabarbeit, um die erweiterten
Freiheiten der November-Umwälzung zu verteidigen. Dieser
Kampf ist unerfährlich, und er ist militärisch nicht leicht zu
führen. Er wird heftig verschärft durch die tödlichen bolsche-
wistischen Kampfmittel der Aufständischen, die von ungemein
gefährlichen Schwärmen angeführt werden. Auf diesem
Untergrund vollzog sich die Tötung der Frau Luxemburg
und Liebknecht. Wie auch immer das rein menschliche
und politische Urteil über die Bedeutung der Schuld und des
Todes dieser beiden Persönlichkeiten für den Frieden in
unserem Volke sein mag — als Soldat kann ich die Tatsache
nur aus tiefster Bedauern, daß die Verleumdung nicht
vermochte, die Häftlinge unversehrt den Richtern abzuliefern.
(Große Unruhe bei den Unabhängigen; erregte Rufe: Un-
verschämtheit! Sie haben sie ja selbst ermordet! Sie sind der
Mörder! Rufen Sie doch die Beschuldigten nicht!) Der kom-
mandierende General v. Lüttich weist meine Auffassung.
Darin erblicke ich die Gewähr, daß bei der dem Körper des
Generals unterstellten Gardebataillionschützenkompanie alles
Nötige zur Feststellung des Falles und zur Verurteilung der
Schuldigen geschehe. (Neuer Ausbruch des Sturmes bei den
Unabhängigen; andauernde Zwischenrufe: Unverschämtheit! Un-
verschämtheit! Mörder! usw. — Präsident Fehrenbach erhebt
er, wenn diese Zwischenrufe sich nicht beruhigen, von Ord-
nungsruhen Gebrauch machen.) Ich kann mitteilen, daß die
Reichsregierung schon den Plan gefaßt hat, die Militär-
strafgerichtsordnung so umzuwandeln, daß alle bür-
gerlichen Straftaten vor bürgerliche Richter kommen sollen.
(Beifall.) Es wird das ein Teil der Umgestaltung, die das
künftige Volksrecht vom jetzigen unterscheiden wird. Dieses
Zukunftswerk wird sehr bescheiden sein, aber wir können es
trotzdem jetzt nicht aufhören, weil wir noch keinen Frieden
haben. Wir müssen daher vorläufig mit Übergangsmaß-
nahmen auskommen. Auch die Einrichtung dieses
Übergangsorgans wird zunächst einen vorläufigen Charakter
haben, im Sinne der Verordnung über die Kommandogewalt
vom 19. Januar 1919.

Abg. Frau Marie Juchacz (Soz.): Meine Herren und
Damen! Der Republik verdanken wir unsere Ruhe im Parla-
ment. Wir danken nicht in allseitig gebührender Weise dafür. Die
Revolutionäre haben tat damit nur ihre Pflicht; denn die
Demokratie war ohne die Frau nicht möglich. Als Sozialdemo-
kratin aber freut es mich, daß es eine sozialdemokratische
Regierung war, die die deutschen Frauen von der politischen
Anmaßung befreit hat. (Beifall links.) Für Deutschland ist
die Frauenfrage damit gelöst. Die neuen Rechte
kamen und nicht wieder genommen werden.

Wir werden aber niemals unsere Frauentugend ver-
leugnen, weil nun auch wir in die politische Arena ge-
zogen sind.

(Auseitiger Beifall.) Bei der Beratung der neuen Verfassung
werden wir dafür zu sorgen haben, daß nun auch in der Ver-
waltung die Frau als gleichberechtigt mit herangezogen wird.
Vor allem gilt das für die Jugendfürsorge, für die allgemeine
Volksbildung und für die vielen Zweige der Wohlfahrtspflege.
Wir müssen uns den Verhältnissen anpassen lassen, weil der
Krieg noch immer (nach rechts) Politik geführt wurde. (Zu-
stimmung bei der Mehrheit.) Die Revolution ist eine ge-
schichtliche Tatsache, die aus den Verhältnissen herauswuchs
mühte, zu denen Sie (nach rechts) getrieben haben. (Sehr
wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die vielen Verbrechen von
heute sind nicht erst durch die Revolution gekommen, auch un-
ter dem alten Regime haben sich während des Kriegs Mord,
Raub, Diebstahl und Verbrechen aller Art in erschreckender
Weise breit gemacht. (Unruhe und Widerspruch rechts; Zu-
stimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Unterdrückung
der Presse in der heutigen Form billigen wir durchaus
nicht, aber wo war denn die Freiheit der Presse während des
Kriegs unter dem alten Regime? (Sehr gut! links.) Der
Grundsatz „Dem Tüchtigen freie Bahn“ wurde unter
dem alten Regime niemals verwirklicht. Nicht einmal ein
sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter war vor der Revolution
möglich. Die Beamtenherrschaft hat die Revolution mit
einem befreienden Aufatmen begrüßt. Sie wird auch wirt-
schaftlich unter dem neuen Regime besser fahren als bisher.
(Sehr wahr! bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Mayer-Kaufmann (Zentr.): Wir begrüßen die
Zusammenarbeit von Mann und Frau in diesem
Hause. Was sie von Glück und Segen für unser Volk und
Vaterland sein. (Beifall.) Dem Dank an die Neutralen
schließen wir uns an. Wir haben aber die Erwähnung des
Bapstes vermieden, obwohl gerade dem Heiligen Stuhl die In-
ternierung Tausender von Kriegsgefangenen auf neutralem
Boden zu danken ist. (Beifall im Zentrum.) Die deutsche
Volkswirtschaft ist sehr krank, finden wir den Anstoß an die
neue Ernte nicht, so müssen Millionen Deutsche verhungern.
Ein Defizit von 1,7 Milliarden bei der preussischen Eisenbahn
ist ein Sturmzeichen für die Lage der deutschen Volkswirt-
schaft. Wir leben heute auch wirtschaftlich in unheimlicher
Weise von den allerletzten Reserven. (Sehr
wahr! im Zentrum.)

Nur die sofortige Beseitigung der Ostseeblockade und
die rasche Durchführung des Vorfriedens und des
definitiven Friedens kann uns retten.

Ein der dunkelsten Kapitel sind die militärischen Verluste an
Gefangenen. Wir möchten bei der Gelegenheit den Wunsch
ausprechen, daß weder die Kriegsgesellschaften noch
einige werden, noch etwa neue Gesellschaften ähnlicher Art ins
Leben gerufen werden. (Beifall im Zentrum.) An den Kosten
dieses Kriegs wird Deutschland den Löwenanteil tragen
müssen. Unsere finanzielle Lage ist außerordentlich betrübend,
und sie wäre tödlich, wenn die fast 100 Milliarden Kriegs-
anleihe eine Schuld an das Ausland darstellen würden; daß
das nicht der Fall ist, ermöglicht es allein, an einen Wieder-
aufbau Deutschlands zu glauben. (Beifall und Zustimmung.)
Über dem neuen Vaterland müssen die Worte stehen: „Die
Arbeit ist eine heilige Pflicht.“ (Beifall.)

Abg. Hall-Allen (Dem.): Wir Rheinländer lieben
unsern engen Rhein von ganzem Herzen. Aber mit
diesem Rhein haben wir uns nicht unserm deut-
schen Vaterland. (Auseitiger Beifall.) Wir hängen mit
Gut und Blut an unserm Vaterland. (Beifall.) Der
Reinhardt spricht ausführlich über die Verhältnisse im Rheinland
und die Gefährdung seiner Bewohner und fährt fort: Das
deutsche Volk hat am 19. Januar sein Urteil gefällt. Wir haben
zwei schwere Aufgaben zu lösen: daß Deutschland möglichst
bald zum Frieden kommt, und daß es möglichst bald im
Inneren zur Ruhe und Arbeit kommt. Darum haben sich auch
die drei großen Parteien dieses Hauses zu einer Arbeits-
gemeinschaft zusammengeschlossen, die drei Viertel des
ganzen deutschen Volkes vertritt. Die Grundzüge dieser drei
Parteien ist die Demokratie und die Republik. Wer
dem deutschen Volk dienen will, der kann an der treibenden
Kraft der Sozialdemokratie nicht vorbeigehen, sondern muß
ihnen dankbar sein, für ihre Arbeit im Dienst des Vaterlandes,
das heißt

die Beseitigung muß wieder einziehen, daß es uns ge-
lingt, mit der Welt in Frieden zu kommen.

(Auseitiger Beifall bei den Demokraten.)

Reichsminister Erzberger: Mit dem Vorredner hat das
erste Mitglied dieses Hauses aus dem besetzten Gebiet ge-
sprochen, und die Regierung ergreift gern die Gelegenheit, um
den linksrheinischen Vätern herzliche und aufrich-
tige Wünsche zu senden. (Beifall.) Der Redner spricht
des längeren Vorkommisse im besetzten Gebiet

Abg. Haase (Unabh. Soz.) bezieht in persönlicher Be-
merkung durch Stellung von Beisatzsätzen das Unter-
suchungsverfahren wegen der Tötung der vier Gefangenen im
Tegeler Forst berichtigt zu haben. Die Anträge hätten den
Bund gebildet, das Verfahren zu fördern und die gegenseitige
Behauptung des Kriegsministers sei eine schamlose Verdröpfung
der Wahrheit. (Große Unruhe.)

Kriegsminister Reinhardt: Ich habe dem Abg. Haase nicht
den Vorwurf der Verdröpfung gemacht, sondern nur den
Vorwurf des Kommandanturverstoßes, wonach sich die
Einleitung des Untersuchungsverfahrens hinausgezogen hat
weil der Abg. Haase als Verteidiger die Vernehmung von
Zeugen beantragt hat.

Abg. Richter (D. Volksp.) spricht über den Gegensatz
zwischen Demokratie und Liberalismus. Als
er seine Ausführungen über diesen Punkt näher erläutert, wird
er vom

Präsidenten Fehrenbach auf die Überschreitung des Rah-
mens der persönlichen Bemerkung hingewiesen. Präsident
Fehrenbach erteilt nachträglich dem Abg. Haase wegen des
Ausdrucks „schamlose Verdröpfung“ einen Ordnungsruf.

Abg. Richter (D. Volksp.) will in persönlicher Bemerkung
auf die Rede des Reichsministers Erzberger bezüglich der Ver-
nehmung von Sachverständigen zurückkommen, wird aber
daran gehindert, mit der Bemerkung, daß dieser Gegenstand
bereits erledigt ist.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr: Fortsetzung.
Schluß gegen 7 Uhr.

Die Stärke der Fraktionen.

Weimar, 19. Febr. Durch das Bureau der Nationalver-
sammlung ist nunmehr eine genaue Aufstellung über die
Stärke der Fraktionen erfolgt. Es ergibt sich daraus, daß
die sozialdemokratische Fraktion 163, die Fraktion
des Zentrums 89 Mitglieder, die Fraktion der Deut-
schen demokratischen Partei 74, die Fraktion der
Deutschen Nationalen Volkspartei 41 Mitglieder
und einen Hospitanten, die Fraktion der Deutschen
Volkspartei 22 Mitglieder und die Fraktion der unab-
hängigen sozialdemokratischen Partei 22 Mitglieder auf-
weist. Neun Mitglieder der Nationalversammlung haben sich
keiner Fraktion angeschlossen. Es gehören dazu drei
Weissen, fünf Mitglieder des bayerischen Bauernbundes und
der Landwirte Thurnen von der Schleswig-Holsteinischen
Bauern- und Landarbeiterdemokratie. Seit der Wahl der
Nationalversammlung haben vier Abgeordnete ihr Mandat
niedergelegt: der Sozialdemokrat Stöckel, für den Frau
Juchacz, der Sozialdemokrat Sänger, für den der Abgeordnete
Rauer, der bayerische Bauernbündler Männer, für den der
Abgeordnete Wachmeier und der Präsident Ebert, für den der
Abgeordnete Thurnen in die Nationalversammlung eingewählt
ist. Eichhorn wird als vollständiges Mitglied der National-
versammlung in der amtlichen Zusammenstellung aufgeführt.

Ein Attentat auf Clemenceau.

Paris, 20. Febr. Gestern morgen gegen 9 Uhr ist in dem
Augenblick, als Herr Clemenceau, welcher gerade von
zu Hause kam und in einem Automobil die Gasse der Franklin-
straße passierte, ein Attentat verübt worden. Es wurden
auf den Ministerpräsidenten mehrere Schüsse abgegeben,
von denen einer in das Oberteil des rechten Schulterblattes
drang. Die Menge stürzte sich auf den Angreifer und es ge-
lang den Polizisten, ihn festzunehmen. Der Angreifer
gab an, er heiße Cottin und wohne in Compiègne. Herr
Clemenceau konnte zu Fuß nach Hause zurückkehren. Das
Attentat befindet sich im Moment noch in der Untersuchung der Ärzte
ausgezeichnet. Der Attentäter gab nach seiner Verhaftung
noch mehrere Schüsse ab, wodurch ein Soldat und ein
Chauffeur verwundet wurden.

Der Waffenstillstand.

Die neuen Bedingungen.

London, 20. Febr. Der Korrespondent der „Times“
meldet aus Paris, man werde von Deutschland fordern,
daß es an die Alliierten das gesamte
Kriegsgerät ausliefern, das nicht von einem
auf 25 bis 35 Divisionen herabgesetzten Heer benötigt
wird. Es wird eine strenge Kontrolle über die
Mittel ausgeübt, die Deutschland besitzt, um das Kriegs-
gerät fortzuführen. Weiterhin wird man vermutlich die
Vernichtung aller Werkzeuge, die nur dem
Kriegedienen, fordern. Vor der Ausführung die-
ser Bestimmungen wird die Befehls- und
der Marine-Arsenale unter der einen oder
anderen Form für notwendig erachtet. Deutschland wird
außerdem sofort die Schiffe ausliefern müssen,
die in den früheren Waffenstillstandsverträgen genannt,
aber noch nicht ausgeliefert sind. Die Alliierten werden
darauf die Friedensstärke der deutschen
Flotte indirekt dadurch festsetzen, daß sie die internier-
ten deutschen Schiffe in Weichsel nehmen. Aber das
weitere Schicksal dieser Schiffe ist noch kein Beschluß ge-
faßt. Am Hinblick aber auf den Völkerbund ist es
unnötig, die deutschen Schiffe unter die
Alliierten zu verteilen. Es steht beinahe fest,
daß die deutsche Flotte als altes Eisen ver-
kauft wird. Die Alliierten hätten außerdem die Mög-
lichkeit, auf der Entmilitarisierung gewisser
deutscher Provinzen zu bestehen, dies bedeu-
te, daß es Deutschland verboten werde, in diesen Gebieten
Truppen zu haben. Auf diese Weise könnte den fran-
zösischen Bestimmungen beifolgend des
linken Rheinufer und der Sicherheit der Ost-
grenze Frankreichs entbrochen werden.

Der Beginn der Vorfriedens- verhandlungen.

Berlin, 20. Febr. Wie Pariser Blätter melden, hat
am Samstag in der französischen Kammer Minister-
präsident Clemenceau erklärt, daß die Vorfriedens-
verhandlungen am 15. März beginnen
werden.

W. T. B. London, 20. Febr. „Daily News“ schreibt:
Die nächsten Waffenstillstandsverhandlungen werden

die letzten sein und Deutschland die militärische Stärke vordrängen, die die Alliierten ihm belassen werden.

Paris, 20. Febr. Wie an unterrichteter Stelle verlautet, wird der endgültige Text des Präliminarfriedens Deutschland Mitte März vom Verband mitgeteilt werden. Für die Beantwortung ist der deutschen Regierung eine Frist von etwa einer Woche gelassen worden.

Die Neuordnung des Völkerrechts.

Dr. Paris, 19. Febr. (Savas.) Eine internationale juristische Vereinigung von 40 Mitgliedern hat sich mit Bewilligung der vertretenen Regierungen gebildet. Diese Vereinigung wird die Regelung des Völkerrechts nach den Bedingungen des internationalen Lebens festlegen. Sie wird im Geiste der Menschlichkeit handeln.

Das neue Reichsheer.

Metz, 20. Febr. Der Reichswehrminister hat bereits einen Gesetzentwurf, betreffend die Bildung eines Reichsheeres, fertiggestellt. Es besteht die Absicht, eine Verständigung mit den Reichsparteien herbeizuführen. Die Reichsparteien haben sich dahin verständigt, diesen vorläufigen Gesetzentwurf, der noch der Zustimmung einiger Einzelstaaten bedarf, als Initiativantrag einzubringen. Das Gesetz sieht eine Stärke von 150 bis 175 000 Mann vor, nicht eingerechnet sind Offiziere, Unteroffiziere und Militärbeamte. Man beabsichtigt, in jeder Provinz eine Brigade zu bilden. Von einem Einstellungszwang soll zunächst abgesehen werden, denn man glaubt, durch freiwillige Werbung die nötige Mannschaft zu bekommen. In diesen neuzubildenden Formationen sollen die Vorgesetzten ernannt werden. Bisher schon erworbene Rechte bleiben bestehen, jedoch wird dem Kriegsministerium bei allenfalls vorzunehmenden Wahlen die endgültige Entscheidung vorbehalten bleiben. Wie verlautet, soll dieser Gesetzentwurf ohne große Debatte von der Nationalversammlung erledigt werden.

Das preußische Staatsoberhaupt.

Berlin, 20. Febr. Zu der Meldung, daß Dr. Südekum zum Präsidenten des preussischen Staates auszuwählen sein soll, wird an ausländischer Stelle erklärt, daß man es für ziemlich unwahrscheinlich hält, daß die einzelnen Bundesstaaten Präsidenten als Staatsoberhäupter erhalten. Zutreffend ist, daß Dr. Südekum mit der Bildung des preussischen Ministeriums betraut ist, so daß er nach dem „Kölnischen Anzeiger“ voraussichtlich Ministerpräsident für Preußen wird.

Weimar, 20. Febr. Am Falle, daß die bei einem großen Teil der Parlamentarier der Mehrheitsparteien vorhandene Absicht, von der Wahl eines preussischen Ministerpräsidenten abzusehen, durchdringt, muß damit gerechnet werden, daß von einem Einflammerystem abgegangen wird. Man beabsichtigt, in diesem Falle entweder ein Oberhaupt einzusetzen oder eventuell eine andere Instanz, vielleicht einen Präsidenten der preussischen Nationalversammlung das Recht einzuräumen, im Falle eines Rücktritts der Regierung eine neue Regierung zu bilden.

Die Krise im Auswärtigen Amt.

Weimar, 20. Febr. Über die Debatte vor Unterzeichnung der Waffenstillstandsbedingungen werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt. Gräberger soll, wie wir erfahren, für die Unterzeichnung der Waffenstillstandsbedingungen gewesen sein, während Graf Brodorski-Rankau es auf eine Nichtunterzeichnung habe ankommen lassen wollen. Danach ist es zwischen Gräberger und Graf Brodorski-Rankau zu scharfen Differenzen gekommen, wobei Minister Dr. Breuk und noch ein anderes Regierungsmitglied den Grafen Brodorski-Rankau unterstützt haben sollen. Der Versuch schlug jedoch fehl und darauf soll Graf Brodorski-Rankau versucht haben, die Waffenstillstandskommission unter sein Ressort zu bekommen. Auch dieser Versuch ist fehl geschlagen. Die Krise ist daher latent geblieben.

Rein sozialistische Regierung in Braunschweig.

Braunschweig, 20. Febr. Die Verhandlungen zwischen den sozialistischen Parteien haben zu einer Einigung geführt. In Braunschweig wird nun eine rein sozialistische Regierung auf parlamentarischer Grundlage gebildet. Landarbeiter- und Soldatenräte haben dieser Einigung zugestimmt. Sämtliche Volksbeauftragte und der Präsident werden darauf ihre Mandate in die Hände der Landesarbeiter- und Soldatenräte zurückgeben. Die Sozialminister Cries und Ebert werden in das neue Kabinett nicht eintreten. Sie erklären, daß das Braunschweiger Koalitionsministerium nur als ein Arbeitsbehelf zu betrachten sei. Nach den neuen Beschlüssen wird es am 1. März als keine Soldatenräte mehr geben, während die Arbeiterräte weiter bestehen. Diese werden in den nächsten Wochen neu gewählt und auf breiter Grundlage gewählt, jedoch ohne Berücksichtigung der bürgerlichen Einwohner.

Spartakus in Nürnberg.

Nürnberg, 18. Febr. Seit gestern ist ein Umschwung eingetreten. Im Laufe des Nachmittags wurde das Generalkommando von den am Sonntag eingebrungenen terroristischen Soldaten befreit. Die Eindringlinge hatten dort in vandalischer Weise gehaust. Schränke und Utensilien und den Inhalt herausgeworfen. Sämtliche Akten und Schriften über die Unterdrückung der Kriegsverstümmelten lagen zerstreut am Boden. Die Unterdrückungsgelder, 60 000 M., sind verschwunden. Die verhafteten Personen, die Lebensmittel aus den Beständen der Lazarette vernichtet hatten, sind befreit worden. Man begibt den Verdacht, daß der Versuch auf Befreiung des gegen die Verhafteten angesammelten Gewehrmaterials dienen sollte. Gestern Abend fanden zwischen den Unabhängigen und den Reichssozialisten Verhandlungen statt. Der „Frankfurter Kurier“ ist seit heute weniger befreit.

Auffindung der Leiche Rosa Luxemburgs?

Berlin, 20. Febr. Gestern vormittag wurde an der Möderner Straße eine weibliche Leiche mit eingeschlagenem Schädel aus dem Landwehrkanal gezogen. Ob es sich dabei um den Körper Rosa Luxemburgs handelt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Trotsky's Offensive.

W. T. B. Amsterdam, 20. Febr. Der „Times“ wird aus Selbstmord gemeldet, daß Trotsky Befehl gegeben hat, das Bolschewikheer solle in Estland und Livland

auf der ganzen Linie Narva-Bikow-Polmar zum Angriff übergehen. Dieses Heer verfügte über 40 000 Mann, mehr als 100 Geschütze und mehrere Panzerzüge und Flugzeuge. Der Angriffsbefehl war das Ergebnis eines Antrages, der am vorigen Mittwoch auf einer geheimen Versammlung der Sowjets in Petersburg angenommen wurde. Trotzky hat erklärt, daß die Befreiung Petersburgs durch die Weiße Garde das Ende der Bolschewiki-Revolution bedeuten würde. Der Kampf, der am Samstag auf der ganzen Front sehr hartnäckig geführt wurde, dauert an. Auf beiden Seiten sind die Verluste schwer.

Der Vorstand der demokratischen Fraktion.

Die Fraktion der deutschen Demokraten in der Nationalversammlung hat sich wie folgt konstituiert: v. Beyer, 1. Vorsitzender, Schiffer, 1. stellvertretender Vorsitzender, Raumann, 2. stellvertretender Vorsitzender, Peterlen, 3. stellvertretender Vorsitzender, Fischel, Gothein, Dernburg, Koch (Kassel), Gertrud Vanner, Hartmann, Freiherr v. Nichteusen, Beißner, Weinhausen, Gellius, Geschäftsführer, Bruchhoff, Seile, Schriftführer, Neumann-Söfer, Kassierer.

Wiesbadener Nachrichten.

Die Versorgung der Betriebe mit Berufsleibung.

Die Versorgung der Arbeiter kriegswirtschaftlicher Betriebe mit Berufsleibung erfolgte während des Kriegs durch die Reichsbefleibungsstelle. Deren Bekanntmachung vom 27. März 1917, samt ihrer Abänderungs-Bekanntmachung vom 30. März 1918, die diese Versorgung im einzelnen regelten, mußten außer Kraft gesetzt werden, da es „kriegswirtschaftliche“ Betriebe jetzt nicht mehr gibt. Eine Versorgung der Arbeiterkraft mit Berufsleibung erfolgt künftig nur noch in besonderen Ausnahmefällen unmittelbar durch die Reichsbefleibungsstelle, und zwar nach den Richtlinien, wie wir sie in unserer Montag-Abendausgabe an dieser Stelle zum Ausdruck brachten.

Es handelt sich dabei in erster Linie um die Arbeiter der Eisenbahn und Post. Hier ist der Bedarf so groß, daß die Deckung durch den freien Handel an Schwierigkeiten stößt. Ferner fällt unter diese Ausnahmen besondere Berufsleibung, wie chemische Industrie, Bergbau usw., die im freien Verkehr nicht erhältlich sein wird. Schließlich behält sich die Reichsbefleibungsstelle vor, dort, wo ein öffentliches Interesse vorliegt, zur Abhilfe oder Verhütung eines Notstandes durch Lieferung mit Arbeiterleibung einzugreifen. Auch in den genannten Ausnahmefällen können nur große Lieferungen ausgeführt werden, da die Reichsbefleibungsstelle aus naheliegenden Gründen nicht in der Lage ist, einen Kleiderhandel zu treiben. Nach dem bisherigen System wurde nur der vierte Mann, der Starb Arbeiter und Arbeiter, kriegswirtschaftlicher Betriebe mit Berufsleibung versorgt, also ein geringer Teil eines eingezogenen Kreises von Spezialarbeitern. Nach den neuen Richtlinien wird es jedem Betriebsunternehmer überlassen, in Fälligkeit mit seiner Arbeiterkraft die Grenzen seines Bedarfs für einen bestimmten Zeitraum selbst zu finden. Ein Zwang zur Beschaffung auf das Notwendigste liegt schon in den heutigen Verhältnissen. Selbstverständlich muß sich die Reichsbefleibungsstelle bei dem auch heute noch herrschenden Mangel an Textilien vorbehalten, in einzelnen Fällen der Versorgung durch Rationierung einzugreifen. Denn es wird grundsätzlich nur noch die Ware zugewiesen, die tatsächlich sofort lieferbar ist. Dadurch, daß bei der Reichsbefleibungsstelle größere Mengen an Stoffen aus Vorratsbeständen anfallen, kann der Arbeiter mit zweckmäßiger, haltbarer und preiswerter Fertigung oder auch auf Wunsch mit entsprechenden Stoffen versorgt werden.

Ähnlich ist auch die Erteilung von Bezugsscheinen auf Arbeiterleibung für Betriebe erweitert. Früher erhielt nur ein kleiner Kreis besonderer Berufsbezugscheine zum Erwerb von Berufsleibung im freien Handel; heute wird jeder gewerbliche Betrieb auf Antrag nach Bedarf zur Erteilung eines Bezugsscheins zum Erwerb von Berufsleibung im freien Handel durch die Reichsbefleibungsstelle (Abteilung H) befähigt. Auch künftig bleibt den Bezugsscheininhabern die Erteilung von Bezugsscheinen auf Arbeiterleibung (Ober- und Unterleibung) an Betriebe oder an angegliederte Wohlfahrts-einrichtungen unterstellt. Auch, so weit die Betriebe versorgen können, Waren von Kommunalverbänden zu erhalten, sind ebenfalls Bezugsscheine der Abteilung H der Reichsbefleibungsstelle zu verwenden. Die freiere Gestaltung der Versorgung hat zur Voraussetzung, daß alle Beteiligten sich der Verpflichtung bewußt sind, mit den zur Verfügung stehenden Vorräten haushälterisch umzugehen.

Schulbeginn. Der Magistrat erläßt folgende Bekanntmachung: Auf Grund der von dem Herrn Administrateur des Districts von Wiesbaden erlassenen Anordnung beginnt der Unterricht in den städtischen Schulen wie früher in der Zeit vom 15. Februar bis 15. November um 8 Uhr und vom 15. November bis 15. Februar um 8½ Uhr vormittags (französische Zeit).

Sonntagsruhe der Handlungsgehilfen. Auf Drängen des Zentralverbands der Handlungsgehilfen, der Berlin, haben die Reichsregierung und der Staatssekretär des Reichsarbeitens eine Verordnung erlassen, deren wichtigste Bestimmung lautet: „Im Handelsgewerbe dürfen Handlungsgehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden. Die Polizeibehörden können für sechs Sonn- und Festtage im Jahre, an denen besondere Verhältnisse eine erweiterte Geschäftszeit erforderlich machen, für alle oder einzelne Geschäftsbezirke eine Beschäftigung bis zu 8 Stunden, jedoch nicht über 6 Uhr abends hinaus zulassen.“ Die Verordnung tritt am 1. April 1919 in Kraft.

Beitverteilung. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die in dieser Woche zur Verteilung kommende Butter Auslands-Milchbutter ist. Sie wird sich infolge ihrer geringen Qualität nur zum Kochen verwenden lassen.

Preisverteilung. Die für Haushaltungen von 200 M. usw. ausgeteilten Fleischbezugsscheine sind nur auf eine Wochenmenge von 200 Gramm berechnet. Da jedoch 250 Gramm Fleisch zur Verteilung kommen, erhöhen sich die auf den Bezugsscheinen angegebenen Mengen um ein Viertel.

Chemie-Unterricht für Damen. Im Hinblick auf den Mangel an weiblichen Hilfskräften in der chemischen Industrie ist darauf aufmerksam gemacht, daß in dem hiesigen chemischen Laboratorium von Dr. A. Piel ein Kursus, speziell für Damen, zur Ausbildung von Hilfsarbeiterinnen stattfindet. Hierdurch wird Gelegenheit gegeben, sich als Hilfskräfte in technisch-analytisch-organischen Laboratorien, Apotheken, Krankenhäusern usw. auszubilden.

Metropole-Konzerte. Die musikalischen Darbietungen der Kapelle Friedr. König in „Metropole“ bringen zu Samstagabend, 22. Februar, einen Extrakonzert, in welchem Herr Kapellmeister Adolf des Violoncello „Solistisches“ von Beriot wiederholt, während

Herr Wills Köpfe das Klavierkonzert „Miguelito-Paraphrase“ von Debussy zum Vortrag bringen wird. Ein gemächtes Programm bringen die anderen Vorträge der Kapelle.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Frankfurt a. M., 19. Febr. Die Frankfurter Kriminalpolizei verhaftete in einem Frankfurter Hotel die Diebe, die in der letzten Woche einem Koblenzer Herrn 20 000 M. geholt hatten. Es handelt sich um die Eheleute Elsa Schumann und der 30-jährige Kaufmann Franz Flohr, beide aus Koblenz. Das Paar war nach dem Einbruch in einem Automobil über Limburg-Gießen nach Frankfurt gefahren und hatte sich hier in einem ersten Hotel einquartiert. Am Sonntag ermittelte die Polizei den Aufenthaltsort des Paares und verhaftete es beim Mittagessen. In seinem Besitz fand man noch 150 000 M. Den Rest hatte das Paar für Schmuckstücke, Kleider und dergleichen ausgegeben.

Gerichtssaal.

we. Eine Warnung für Diebe. Der Steinhauer Heinrich G., der Arbeiter Peter C. und der Arbeiter Johann B. haben längere Zeit an der Front gesessen und lebten erst Ende Dezember v. J. nach Wiesbaden zurück. Mit den Lebensmitteln war es bei ihnen außerordentlich knapp bestellt. Als daher, während sie sich in einer Wirtshaus besaßen, einer von ihnen den Vorschlag machte, bei einem Mann an der Waldstraße ein Schwein zu holen, war jeder gerne dabei. Man überlegte einen Plan, drang in das Grundstück des betreffenden Mannes ein, erbrach ein Stallfenster, stahl den Braten und fand man nur 3 Ställe vor, die man sich nahm und beheim vergrub. Die Leute haben später den Schaden ersetzt, was ihnen noch gutgekam. Die Strafkammer verurteilte sie zu der geringsten gesetzlichen Strafe von drei Monaten Gefängnis, bei voller Anrechnung der Untersuchungshaft.

we. Geträubtes nationales Empfinden. In Schierstein trafen am 16. November v. J. die ersten Besatzungstruppen ein. Das war natürlich für den Ort ein Ereignis, und die Jugend umlagerte das sie bringende Auto, als es vor dem Rathaus hielt, um sie dabei einen Feilschman verübte. Die Herren auf dem Rathaus, bedurch in ihrer Arbeit gehindert, ließen drängen Ruhe gebieten. Die Jugend aber hand wie eine Mauer, und ein Polizeisergeant sah sich genötigt, von einer Putzgeißel Gebrauch zu machen, um sie zum Rückzug zu zwingen. Dabei erhielt der Sohn eines Schmiedemeisters einige Schläge. Er lief laut weinernd zu seinem Vater, welcher den Polizeikommandanten zur Rede stellte, und als ihm gesagt wurde, daß die französischen Offiziere ihn zu seinem Vergehen verurteilt hätten, brach er in Tränen aus, daß er ihn mit Schimpfen verurteilt hätten. Wegen öffentlicher Beleidigung verurteilte der Richter in 10 M. Geldstrafe. Außerdem erhielt der Beleidigte Qualifikationsbefugnis durch Aufhebung des Urteils an der Gemeindefabrik.

Neues aus aller Welt.

Schweres Eisenbahnunglück. Triest, 20. Febr. Auf dem hiesigen Hauptbahnhof ereignete sich ein schwerer Eisenbahnunfall. Auf dem Bahnhof Triest fuhr ein Zug auf eine Anzahl leerer Waggons, die gegen sieben, von italienischen Soldaten besetzte Waggons geschüttelt wurden. Infolge des Zusammenstoßes kamen die Waggons ins Rollen und bewegten sich mit steigender Geschwindigkeit gegen Triest vor. Mit tosender Schallfalle kamen die Waggons auf dem Triester Bahnhof an und stießen hier mit einem leeren Zug zusammen. Sämtliche sieben Waggons wurden vollständig zertrümmert. Es wurden 150 Tote und Verwundete gezählt.

Ein Tunnel durch den Mont Genis. Rom, 16. Febr. Die Kommission der Turnier Eisenbahn beschloß die Anlage eines neuen Tunnels durch den Mont Genis, der die Verbindung zwischen Italien und Frankreich sowie England bedeutend verkürzen wird.

Handelsteil.

Banken und Geldmarkt.

* Valuta-Kommission in Spa. Der deutschen Waffenstillstandskommission ist eine Abordnung von Vertretern unserer Hochfinanz beigeordnet worden, welche die Valutaverhandlungen mit den Alliierten führen soll. Dieser Kommission gehören die Herren Franz Urbig (Discontogesellschaft), Paul Millington und Herrmann (Deutsche Bank), Hant (Hermann, Jacoby-Berlin) und Warburg (M. M. Warburg-Hamburg) an, die bereits in Spa weilten. Weitere Mitglieder werden die Kommission demnächst ernennen.

* Die deutschen Kriegsanleihen. In der hessischen Kammer liegt ein Antrag vor, die hessische Regierung zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Reichsregierung in der Öffentlichkeit eine klare Erklärung darüber abgibt, daß die Kriegsanleihen von ihr in vollem Umfang anerkannt werden und daß die Reichsregierung Bestrebungen der Nichtigerklärung der Kriegsanleihen nachdrücklich entgegentritt.

Industrie und Handel.

* Ludwig Wessel, A.-G. für Porzellan- und Steingutfabrikation in Bonn. Es ergab sich ein Reingewinn von 255 660 M. (im Vorjahr nur 111 000 M.). Verlustvortrag 63 922 M.) zu folgender Verwendung: Rücklage 12 500 M. (30 000 M.), Aufschub 19 851 M. (1. V. Vortrag 12 500 M.), Gewinnanteile 29 000 M.), Rücklage für Beamtenunterstützung 0 (25 000 M.), wie bereits gemeldet, nach drei dividendelosen Jahren 8 Proz. Dividende gleich 210 000 M. und Vortrag 12 300 M. (58 222 M.).

Die Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) errichtet eine Niederlassung in Weizlar.

Weinbau und Weinhandel.

m. Aus dem Rheingau, 18. Febr. In Ostrich wurden zwei größere Fässer 1918er zu 5000 bis 5200 M. das Stück abgesetzt in Winkel 47 Hektarstück zu unbekanntem gebliebenem Preise verkauft.

m. Aus Rheinhessen, 18. Febr. In Bodenheim wurden etwa 60 Stück 1918er weißer Portweins zu 5000 M. das Stück verkauft. Für das Stück 1919er Oesterreicher Weißwein wurden 1800 bis 6000 M. bezahlt. In Nierstein brachte das Stück 1918er 7000 M., in Dalheim eine Kressen Jas Stück 5000 M., in Elheim ein Bestand das Stück 5000 M., in Nackenheim 40 Stück je 6000 bis 6500 M., während ein Posten besserer Sachen mit 7500 M. das Stück bewertet wurde. In Ockenheim eine Kressen 1918er zu 5500 M. in anderen Besitz über. In Dromersheim wurde das Stück 1918er mit 5000 M., in Siefersheim mit 4500 M. bezahlt.

Handelsregister Wiesbaden.

* In das Handelsregister wurde bei der Firma: „Bank für Handel und Industrie, Darmstadt“ mit Zweigniederlassung in Wiesbaden, Rh. unter der Firma Bank für Handel und Industrie, Depositenkasse zu Wiesbaden, Rh. folgendes eingetragen: Geheimer Oberfinanzrat Maximilian v. Klitzing ist zu dem Vorstande angeschlossen.

* Konkurs über das Vermögen der Witwe Rerta Heerlein in Wiesbaden, Korwarenhandlung, Goldgasse 16, ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Freundlich zu Wiesbaden wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 18. März 1919 bei dem Gericht anzumelden.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 4 Seiten.

Hauptredaktion: H. Hegerhorst.

Verantwortlich für den Inhalt: H. Hegerhorst; für politische Nachrichten: H. G. Hegerhorst; für den Unterhaltungsstoff: H. G. Hegerhorst; für den lokalen und provinziellen Teil und Geschäftsamt: H. G. Hegerhorst; für den Handel: H. G. Hegerhorst; für die Anzeigen und Bekanntmachungen: H. G. Hegerhorst.

Druck u. Verlag der L. Schellenschen Buchdruckerei in Wiesbaden.

Spezialdruck der Schriftleitung 13 bis 14 M.

Für die Anmeldung von Sachschäden, die durch feindliche Fliegerangriffe verursacht worden sind, wird mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten als Endtermin der 10. März 1919 festgesetzt. Später eingehende Meldungen bleiben unberücksichtigt.

Die Anmeldungen werden in dem städtischen Verwaltungsgebäude, Friedrichstraße 19, Zimmer 16, entgegengenommen.

Wiesbaden, den 19. Februar 1919.

Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Ortsstatuts vom 23. Februar 1914 sind alle hier beschäftigten männlichen gewerblichen Arbeiter (Gefellen, Gehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter), sowie die weiblichen gewerblichen Arbeiter der Damenschneiderei und Putzmacherei verpflichtet, bis zum Ende des Schuljahres, innerhalb dessen sie das 17. Lebensjahr vollenden, die hiesige öffentliche öffentliche gewerbliche Fortbildungsschule an den festgesetzten Tagen und Stunden zu besuchen und an dem Unterricht teilzunehmen.

Ein großer Teil der Pflichten wird durch Nichtanmeldung andauernd der Schulpflicht entzogen. Es sind dies besonders die ungelerneten Arbeiter (Hausfrauen, Fabrikarbeiter, Baujungen usw.). Diese sind umgehend zur Schule anzumelden.

Verstöße gegen die Anmelde- und Schulpflicht werden häufig nach den Bestimmungen des Ortsstatuts bestraft.

Wiesbaden, den 18. Februar 1919.

Der Magistrat.

Viehzahlung am 1. März 1919.

Am 1. März findet im Deutschen Reiche eine Viehzählung statt; sie erstreckt sich auf Pferde und Fohlen (ohne Militärpferde), Rindvieh (Kühe, Jungvieh, Bullen, Stiere, Ochsen, Rinder und Zugfüße), Schafe, Schweine und Ziegen nach Alter und Geschlecht, sowie Kaninchen, Ferkel (Gänse, Enten, Fühner, Truthühner, Hühner und Stücken). Bei den Pferden soll auch die Zahl der vorwiegend zu landwirtschaftlichen Arbeiten, in Betrieben des Handels und Gewerbes, in Privat- und im öffentlichen Besitz verwendeten Pferde und Fohlen festgestellt werden. Das in der Nacht vom 28. Februar zum 1. März vorkommende (auf Reisen, Fahren usw.) abwesende Vieh ist bei der Haushaltung, zu der es gehört, mitzuführen. Zählkarten werden nicht ausgegeben. Durch die Zähler sind die Angaben der Viehhaltenden Haushaltungen in die Zählbezirkslisten einzutragen. Das Ergebnis des Eintrags ist von dem Haushaltungsvorstand mündlich zu bestätigen.

Die Angaben über den Viehbestand dürfen nur zu amtlichen statistischen Arbeiten, nicht zu Steuerzwecken benutzt werden. Wer wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verweigert worden ist, im Urteil für den Staat verfallen erklärt werden.

Es wird ersucht, die Herren Zähler bei der Zählung zu unterstützen.

Wiesbaden, den 19. Februar 1919.

Der Magistrat.

Holzverkauf Oberförsterei Wiesbaden

Donnerstag, den 27. Februar 1919, vorm. 10 Uhr. im Waldhause bei Wiesbaden. Schutzbezirk Gaisnerie: Dist. 26 Hengberg. Eichen: 49 rm Scheit u. Knüppel, Buchen: 68 rm Scheit, 68 rm Knüppel, 33 Hdt. Wellen, der Rest kommt nicht zum Verkauf. Dist. 31 Wandberg, Eichen: 55 rm Scheit u. Knüppel, Buchen: 946 rm Scheit u. Knüppel, meist 1 m lang, 307 rm Reiserknüppel. Schutzbezirk Altenheim, Dist. 33 a u. c Wandberg, Eichen: 4 rm Scheit u. Knüppel, Buchen: 390 rm Scheit u. Knüppel, 27 rm Reiserknüppel, 67 Hdt. Wellen.

Holzversteigerung.

Samstag, den 1. März 1919, vormittags 11 Uhr anfangend, kommen im Niederjossbacher Gemeindewald, Dist. 1 „Langerkopf“, folgendes Gehölz zur Versteigerung:

40 Stück Fichten (Kottannen)	II. Klasse
570 "	III. "
790 "	IV. "
3760 "	V. "
4160 "	VI. "

Der Wald liegt ¼ Stunde von der Station Niedernhausen u. dem Dorfe Oberjossbach entfernt. Die Versteigerung findet in dem Schullehrsaal in Niederjossbach statt.

Niederjossbach, den 18. Februar 1919.

Der Bürgermeister: Schröder.

Neu angekommen:

1 Waggon 10000 Kilo holl. Wirsing
Klein-Verkauf Pfund 60 Pf.

1 Waggon 10000 Kilo holl. Rotttraut
Klein-Verkauf Pfund 60 Pf.

Anapp, Friedrichstr. 8.

Echter

Bozali-Nagellack

und Nagel-Lack-Entferner Fl. 2.25 bzw. 1.50 Mk.
Parfümerie Backe, Taunusstraße 5.

Schirm-Reparaturen

werden wieder angenommen

Wästen, jetzt Mauergasse 14, 1.

Dauerbrandöfen für jedes Brennmaterial.

Kochherde, lackiert u. emailliert, Wasserschiffe, Herdplatten, Ringe, Roste aller Art.

Sämtliche Reparaturen, sowie Reinigen, Ausmauern, Versetzen werden von langjährigen Facharbeitern gewissenhaft ausgeführt.

Jacob Post

Spezialgeschäft in Öfen und Herden — Hochstättenstraße 2.

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

Zigarren, Zigaretten

alte naturreine Waren

Rauch- und Kautabake

ohne Hopfen oder anderen Zusatz

Tabakspfeifen und Ersatzteile

noch echtes Holz, echte Kernspitzen

wegen Geschäftsaufgabe billigst abzugeben.

P. Gutzmann

Wiesbaden—Eigenheim, Forststraße 31.

GRÜNDUNG 1840

Aufnehmer

(baumwollene)

Mk. 1.95

Hessauische Leinen-Industrie

J. M. Baum.

Pelze

werden in bekannt sachmännischer Weise umgearbeitet, repariert und gefärbt.

Michelsberg 28, ban. L.

Auch sind daselbst Pelze in allen Fellarten jetzt bedeutend billiger zu verkaufen.

Fernsprecher 2021

ist freigegeben.

Buchhandlung Feller & Gecks.

Mein

Fernsprecher 1710

ist freigegeben.

Carl Ludwig.

Eilboten Grüne Radler

3 Mittelstraße 3

besorgen alles prompt und billig.

Fernsprecher 3211 freigegeben.

Wiesbadener Essigfabrik

Ferdinand Werner

Inhaber: Adolf Werner

— Dotzheimer Straße 109. —

Mein Telefonanschluß Nr. 3443

ist wieder freigegeben.

Empfehle mich gleichzeitig in allen vorkommenden Schlosserarbeiten, Herd-, Ofen- und Rolladen-Reparaturen.

Jacob Cramer,

Schlosserei, Stiftstraße 24.

Mein Telefonanschluß Nr. 3206

ist frei.

U. Meß, Dotzheimer Straße 3.

Reparatur-Werkstätte für Schreibmaschinen.

Städtisches

Badhaus

Zum Schützenhof

Schützenhofstraße 4 (Hoteleingang): Thermalbäder mit Ruhegelegenheit.

Aufgesprungene Haut

Sanoderma-Glycerin

ist ein vorzügliches Mittel gegen rauhe und spröde oder durch Frost beschädigte Haut.

Alleinverkauf: Schützenhof-Apotheke, Langgasse 11.

U.T.

Rhein-str. 47.

Allein-Erst-Aufführung!

Nur noch heute:

Gefallene Blüten.

Ein Frauen-Schicksal in 4 Akten.

In der Hauptrolle:

SYBIL SMOLOWA.

Karlchen soll heiraten.

Humorvoller Lustspielschlager in 3 Akten.

Voranzeige! Ab Samstag:

Das neueste Abenteuer des Detektivs

PHANTOMAS

Thalia-Theater

Kirchgasse 72 :: Telephon 6137

Ab morgen Samstag:

Der Trompeter v. Säckingen

Ein Sang vom Oberrhein in 5 Akten.

Ueber 1000 Mitwirkende.

Auch für die Jugend erlaubt!

Taunus-

Café :: Restaurant

Heute:

Opern-Abend

H. Ausschankweine

Hotel-Restaurant „Zum Landsberg“

Häfnergasse 4/6

1917er, naturrein, 0,2 Ltr. zu Mk. 1.80

1918er, „0,2 „ 1.50

Spelsen zu jeder Tageszeit.

Café Nonnenhof.

Neu renoviert:

Billardsaal „Spielzimmer“

Waffeleisen

für Gas- und Herdfeuerung

in großer Auswahl eingetroffen.

A. Baer & Co., Wellritzstraße 51.

Eisenhandlung, Haus- und Küchengeräte.

Telephon 406.

Zu unseren Mitte März beginnenden

Abend- u. Extra-Tanzkursen für Anfänger nehmen wir noch gefl. Anmeldungen entgegen.

Tanzschule W. Klapper & Frau

Dotzheimer Straße 20.

Privat- und Einzelunterricht jeder Zeit

(auch Sonntags) bei mäßigem Honorar.

Meine Tanz-Kurse

beginnen am 3. März. — Gefl. weitere Anmeldungen erbittet

Willy Krumm

Lehrer der modernen Tanzschule.

Staatl. gepr. Turnlehrer. — Bismarckring 42.